

## E n t w u r f

### **Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz geändert werden (Sozialrechts-Änderungsgesetz 2006 – SRÄG 2006)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### **Artikel 1** **Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes**

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 155/2005, wird wie folgt geändert:

1. *Im § 8 Abs. 1 Z 3 lit. a wird der Ausdruck „die Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft bzw. einer offenen Erwerbsgesellschaft, die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft bzw. einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft“ durch den Ausdruck „die Gesellschafter einer offenen Gesellschaft, die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft“ ersetzt.*

2. *Im § 8 Abs. 1 Z 3 lit. b wird der Ausdruck „der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, der Gesellschafter einer offenen Erwerbsgesellschaft und der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft“ durch den Ausdruck „der Gesellschafter einer offenen Gesellschaft und der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft“ ersetzt.*

3. *Im § 8 Abs. 1 Z 3 lit. g wird nach dem Ausdruck „Skilehrerverbandes,“ der Ausdruck „des Salzburger Berufs-Schi- und Snowboardlehrerverbandes und“ eingefügt.*

4. *Im § 8 Abs. 1 Z 3 lit. g entfällt der Ausdruck „und der Österreichischen Dentistenkammer“.*

5. *Im § 30 Abs. 4 wird der Ausdruck „§ 8 Abs. 1 lit. c“ durch den Ausdruck „§ 8 Abs. 1 Z 1 lit. c“ ersetzt.*

6. *Im § 31 Abs. 3 Z 9 werden vor dem letzten Satz folgende Sätze eingefügt:*

„Des Weiteren sind darin besondere Förderungsmaßnahmen für Frauen im Sinne der §§ 11 bis 11d des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes (B-GlBG), BGBl. Nr. 100/1993, vorzusehen. § 12 Abs. 1 und 2 B-GlBG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Hauptverband für sich und jeweils für die Versicherungsträger berichtet.“

7. *Dem § 31a Abs. 4 werden folgende Sätze angefügt:*

„Bestandteile des ELSY dürfen für folgende Zwecke verwendet werden:

1. Prüfung von Ansprüchen gegen Krankenfürsorgeeinrichtungen nach § 2 Abs. 1 Z 2 B-KUVG;
2. Prüfung von Ansprüchen gegen Sozialhilfeträger nach landesgesetzlichen Vorschriften.

Der durch die Verwendung von Bestandteilen des ELSY für diese Zwecke entstehende Aufwand ist dem Hauptverband jeweils nach Maßgabe einer vertraglichen Regelung zu vergüten.“

8. Im § 67 Abs. 10 wird der Klammerausdruck „(offene Handelsgesellschaft, offene Erwerbsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Kommandit-Erwerbsgesellschaft)“ durch den Klammerausdruck „(offene Gesellschaft, Kommanditgesellschaft)“ ersetzt.

9. Dem § 103 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Das Service-Entgelt nach § 31c Abs. 2 und 3 ist mit Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz aufzurechnen.“

10. Im § 122 Abs. 2 Z 2 ASVG wird der Ausdruck „drei Wochen“ jeweils durch den Ausdruck „sechs Wochen“ ersetzt.

11. Im § 204 Abs. 2 wird nach dem Ausdruck „Personen“ der Ausdruck „, , sofern sie keinen Anspruch auf Krankengeld haben (§ 472 Abs. 3 erster Satz),“ eingefügt.

12. Im § 335 Abs. 1 werden der Ausdruck „eine offene Handelsgesellschaft bzw. offene Erwerbsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft bzw. Kommandit-Erwerbsgesellschaft“ durch den Ausdruck „eine offene Gesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft“ und der Ausdruck „einer offenen Handelsgesellschaft bzw. offenen Erwerbsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft bzw. Kommandit-Erwerbsgesellschaft“ durch den Ausdruck „einer offenen Gesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft“ ersetzt.

13. Im § 351i Abs. 4 werden vor dem letzten Satz folgende Sätze eingefügt:

„Für die Zeit der Einholung eines unabhängigen Expertengutachtens auf Betreiben des antragstellenden vertriebsberechtigten Unternehmens nach Maßgabe der Verordnung nach § 351g wird der Lauf der Frist von 120 Tagen gehemmt. Wird jedoch eine Feststellung des Hauptverbandes zur Erstattungsfähigkeit einer Arzneispezialität nach § 351c Abs. 1 aufgehoben, beginnen mit dem Tag der Zustellung der Aufhebungsentscheidung an den Hauptverband die Fristen nach §§ 351c Abs. 1 zweiter Satz und 351c Abs. 7 Z 1 neu zu laufen.“

14. Dem § 360 Abs. 6 wird folgender Satz angefügt:

„Abfragen der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes aus dem Zentralen Melderegister sind auch nach dem Auswahlkriterium der Anschrift (Wohnadresse) zulässig.“

15. Dem § 363 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Im Falle einer Arbeitskräfteüberlassung obliegen diese Meldepflichten dem/der Beschäftigter/Beschäftigterin nach § 3 Abs. 3 des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes.“

16. Im § 421 Abs. 1 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Hiebei ist auf das Erreichen der Geschlechterparität in den Verwaltungskörpern Bedacht zu nehmen.“

17. Im § 448 Abs. 4 erster Satz wird der Ausdruck „sowie der Vertreter der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen“ durch den Ausdruck „, , der Vertreter der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen sowie der Vertreter des Landeshauptmannes“ ersetzt.

18. Im § 474 Abs. 1 erster Satz wird der Ausdruck „83“ durch den Ausdruck „83a“ ersetzt.

19. Im § 474 Abs. 1 erster Satz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 wird der Ausdruck „83“ durch den Ausdruck „83a“ ersetzt.

20. In der Nr. 26 der Anlage 1 wird folgende lit. c angefügt:

„c) Lungenkrebs durch die Einwirkung von kristallinem Siliciumdioxid bei nachgewiesener Quarzstaublungenerkrankung (Silikose oder Silikotuberkulose)

21. Die Nr. 27 lit. b der Anlage 1 lautet:

„b) aa) Bösartige Neubildungen des Rippenfelles, des Herzbeutels und des Bauchfelles durch Asbest  
bb) Bösartige Neubildungen der Lunge durch Asbest  
cc) Bösartige Neubildungen des Kehlkopfes durch Asbest  
Alle Unternehmen“

22. In der Nr. 43 der Anlage 1 entfällt der Ausdruck „tierischer oder pflanzlicher Abkunft“.

23. In der Nr. 45 der Anlage 1 wird der Ausdruck „Buchen- oder Eichenholz“ durch den Ausdruck „Hartholz“ ersetzt.

24. In der Nr. 51 der Anlage 1 wird der Ausdruck „Alkyl-, Akryl- oder Alkylaryloxyde“ durch den Ausdruck „Alkyl-, Aryl- oder Alkylaryloxyde“ ersetzt.

25. In der Anlage 1 wird nach der Nr. 52 folgende Nr. 53 angefügt:

„53 Allergieinduzierte anaphylaktische Reaktionen nach Latex- Alle Unternehmen“  
Sensibilisierung

26. Nach § 627 wird folgender § 628 samt Überschrift angefügt:

#### **„Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006**

**§ 628.** (1) Es treten in Kraft:

1. mit 1. Juli 2006 die §§ 8 Abs. 1 Z 3 lit. g in der Fassung der Z 3, 31 Abs. 3 Z 9, 31a Abs. 4, 103 Abs. 4, 122 Abs. 2 Z 2, 351i Abs. 4, 360 Abs. 6, 363 Abs. 1 und 421 Abs. 1 sowie die Anlage 1 Nr. 26 lit. c, Nr. 27 lit. b, Nr. 43, Nr. 45 und Nr. 53 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
2. mit 1. Jänner 2007 die §§ 8 Abs. 1 Z 3 lit. a und b, 67 Abs. 10 und 335 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
3. mit 1. Jänner 2009 § 474 Abs. 1 in der Fassung der Z 19 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
4. rückwirkend mit 1. Jänner 2006 die §§ 8 Abs. 1 Z 3 lit. g in der Fassung der Z 4 und 30 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
5. rückwirkend mit 1. Jänner 2005 die §§ 204 Abs. 2 und 474 Abs. 1 in der Fassung der Z 18 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
6. rückwirkend mit 1. Mai 2003 § 448 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
7. rückwirkend mit 1. August 1998 die Anlage 1 Nr. 51 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006.

(2) Leidet der/die Versicherte am 1. Juli 2006 an einer Krankheit, die erst auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006 als Berufskrankheit gilt, oder ist er/sie vor dem 1. Juli 2006 an einer solchen Krankheit gestorben, so sind an ihn /sie oder an seine/ihre Hinterbliebenen die Leistungen der Unfallversicherung zu erbringen, wenn der Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 1955 eingetreten ist; die Leistungen sind frühestens ab 1. Juli 2006 zu erbringen, wenn der Antrag bis zum Ablauf des 30. Juni 2007 gestellt wird; wird der Antrag nach dem 30. Juni 2007 gestellt, so gebühren die Leistungen frühestens ab dem Tag der Antragstellung.“

## **Artikel 2**

### **Änderung des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes**

Das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 155/2005, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 1 Z 2 wird der Ausdruck „Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft, die Gesellschafter einer offenen Erwerbsgesellschaft und die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommandit-Erwerbsgesellschaft“ durch den Ausdruck „Gesellschafter einer offenen Gesellschaft und die persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft“ ersetzt.

2. Der bisherige Text des § 109 erhält die Bezeichnung „§ 104“.

3. Im § 198 Abs. 1 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Hiebei ist auf das Erreichen der Geschlechterparität in den Verwaltungskörpern Bedacht zu nehmen.“

4. Nach § 313 wird folgender § 314 samt Überschrift angefügt:

#### **„Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006**

**§ 314.** Es treten in Kraft:

1. mit 1. Juli 2006 § 198 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;

2. mit 1. Jänner 2007 § 2 Abs. 1 Z 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
3. rückwirkend mit 1. Jänner 2005 § 104 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006.“

### **Artikel 3**

#### **Änderung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes**

Das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 155/2005, wird wie folgt geändert:

1. *Im § 38 Abs. 8 wird der Klammerausdruck „(offene Handelsgesellschaft, offene Erwerbsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Kommandit-Erwerbsgesellschaft)“ durch den Klammerausdruck „(offene Gesellschaft, Kommanditgesellschaft)“ ersetzt.*

2. *Im § 186 Abs. 1 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:*

„Hiebei ist auf das Erreichen der Geschlechterparität in den Verwaltungskörpern Bedacht zu nehmen.“

3. *Nach § 303 wird folgender § 304 samt Überschrift angefügt:*

#### **„Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006**

**§ 304.** Es treten in Kraft:

1. mit 1. Juli 2006 § 186 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
2. mit 1. Jänner 2007 § 38 Abs. 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006.“

### **Artikel 4**

#### **Änderung des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes**

Das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 155/2005, wird wie folgt geändert:

1. *Der bisherige Text des § 86 erhält die Bezeichnung „§ 83a“.*

2. *Im § 133 Abs. 1 vorletzter Satz wird nach dem Ausdruck „auf die fachliche Eignung“ der Ausdruck „und auf das Erreichen der Geschlechterparität in den Verwaltungskörpern“ eingefügt.*

3. *Nach § 214 wird folgender § 215 samt Überschrift angefügt:*

#### **„Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006**

**§ 215.** Es treten in Kraft:

1. mit 1. Juli 2006 § 133 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006;
2. rückwirkend mit 1. Jänner 2005 § 83a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006.“

### **Artikel 5**

#### **Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977**

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. xx/2005, wird wie folgt geändert:

1. *Im § 41 Abs. 1 wird nach dem zweiten Satz folgender Satz eingefügt: „Wenn es für die Bezieherinnen einer Notstandshilfe günstiger ist, gebührt das Wochengeld nach § 162 Abs. 3 ASVG.“*

2. *Dem § 79 wird folgender Abs. 89 angefügt:*

„(89) § 41 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2006 tritt mit 1. Juli 2006 in Kraft.“